



Frau Angela Schweers  
Frau Monique Tinney

SPD  
DIE aNDERE

entschuldigt  
entschuldigt

**Gäste:**

Herr Georg Bittcher  
Frau Martina Trauth  
Frau Magdolna Grasnack  
Herr Christoph Richter  
Frau Dorothea Junghans  
Herr Wolfgang Hülsebeck  
Frau Uta Kitzmann  
Herr Bindheim Jörg  
Frau Anika Thiele  
Frau Martina Spyra

Fraktion DIE aNDERE  
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt  
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt  
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt  
Kommunaler Immobilien Service  
FB Feuerwehr  
FB Soziales und Gesundheit  
FB Soziales und Gesundheit  
FB Soziales und Gesundheit  
Schriftführerin

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.11.2017 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Bericht der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Jahresbericht Chancengleichheit 2015/2016 des Büros für Chancengleichheit  
und Vielfalt  
Vorlage: 17/SVV/0700
- 5 Bestätigung der Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2018
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Verteilung von Jodtabletten  
Vorlage: 17/SVV/0755
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung  
Vorlage: 17/SVV/0932
- 7.2 Haushalt 2017 - Mittelabfluss Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 7.3 Sicherheitskonzept Gemeinschaftsunterkünfte - Sachstand
- 7.4 Information zur Evaluierung des Modelprojektes Schulanschlussbetreuung
- 8 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.11.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 21.11.2017 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mit 5 Zustimmungen und 2 Enthaltungen bestätigt.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Tagesordnung und schlägt vor TOP 7.1, „Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung“ vorzuziehen und nach TOP 4 „Jahresbericht Chancengleichheit 2015/2016 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt“ zu behandeln, da Frau Jun ghans einen Anstusstermin hat.

Frau Liefeld kündigt an, dass sie eine Nachfrage zum Projekt Stadteilmütter hat, die im TOP „Sonstiges“ behandelt werden kann.

Zunächst bittet Frau Eisenblätter um Abstimmung über die Änderungen zur Tagesordnung.

Den Änderungen wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend stellt Frau Eisenblätter die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

#### **zu 3 Bericht der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Frau Gelfand berichtet über die Sitzung des **Migrantenbeirates** vom 07.12.2017. In der Sitzung wurde der Entwurf der CDU-Landtagsfraktion zum Integrationsgesetz diskutiert. Dabei wurde festgestellt, dass die Sanktionierung verstärkt werden sollen. Der Migrantenbeirat ist sich einig, dass es statt der Sanktionen mehr Gestaltungsmöglichkeiten geben muss.

Ein wichtiger Punkt der Beratung war auch, dass die Menschen, die hier ankommen, ihre Sprache sprechen und ihre Kultur leben können.

Des Weiteren hat sich der Migrantenbeirat mit der aktuellen Diskussion zu

Abschiebungen nach Syrien beschäftigt. Es gibt in Deutschland keine syrischen Konsulate. Das macht es schwierig für Syrer, Pass- oder Visa-Angelegenheiten zu erledigen.

Abschließend erfolgte die Auswertung der Jubiläumsveranstaltung des Migrantenbeirates vom 25.11.2017.

Herr Puschmann berichtet, dass am 28.11.2017 die Sitzung des **Seniorenbeirates** im Treffpunkt Freizeit stattgefunden hat. Auch Bürgerinnen und Bürger haben an der Sitzung teilgenommen. Es wurde u.a. der Arbeitsplan des Beirates für 2018 besprochen. Ein wesentliches Thema im kommenden Jahr wird das barrierefreie Wohnen sein.

Herr Puschmann informiert, dass das Gespräch des Seniorenbeirates mit dem Oberbürgermeister stattgefunden habe, an dem auch Herr Schubert teilgenommen hat.

Frau Schulze weist darauf hin, dass die Checkliste des Seniorenbeirates, die in der letzten Sitzung zugesagt wurde, nicht ausgereicht wurde. Des Weiteren spricht sie ihre Anregung an, die Termine des Seniorenbeirates über den städtischen Pressekalender zu veröffentlichen.

Herr Puschmann erklärt, dass dies vom Seniorenbeirat befürwortet wird. Die Checkliste wird nachgereicht.

Frau Kitzmann bietet Unterstützung bei der Kommunikation an.

Auf Nachfrage erklärt Herr Puschmann, dass die Geschäftsordnung des Seniorenbeirates jetzt beschlossen ist und dem Oberbürgermeister und Herrn Schubert übergeben wird. Die derzeit gültige Satzung muss nun durch die Stadtverordnetenversammlung außer Kraft gesetzt werden.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) berichtet, dass die Anmeldephase für den **Beirat für Menschen mit Behinderung** noch bis zum 31.01.2018 läuft. Bisher sind 25 Bewerbungen eingegangen. Er wird jetzt in die Einrichtungen gehen und werben. Am 21.02.2018 soll die Wahl des Beirates durchgeführt werden.

#### **zu 4 Jahresbericht Chancengleichheit 2015/2016 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt**

**Vorlage: 17/SVV/0700**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Trauth gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die Ziele des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt. Sie betont, dass die Förderung der Vielfalt der Stadtgesellschaft besonders wichtig ist.

Anschließend stellt sie die Aufgaben des Büros vor und gibt danach einen Überblick über die Veranstaltungen, Fachtagungen und Fachforen, die durchgeführt wurden. Sie stellt beispielhaft einige Netzwerke, Gremien und Projekte vor, in denen das Büro mitwirkt.

Frau Grasnick stellt die Aktivitäten im Rahmen der Fortschreibung des Integrationskonzeptes vor.

Danach geht sie auf das Integrationsmonitoring 2016 ein, und verweist auf die Fortschreibung des Berichtes.

Herr Richter verweist auf den Lokalen Teilhabeplan, der 2012 erstmalig veröffentlicht wurde. Der 1. Zwischenbericht wurde 2016 vorgelegt. Er verweist dabei auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, den Lokalen Teilhabeplan alle 5 Jahre fortzuschreiben. Anfang 2018 soll die Vorlage dazu vorgelegt werden.

Frau Trauth weist darauf hin, dass sie auch interne Gleichstellungsbeauftragte nach dem Landesgleichstellungsgesetz ist. Sie stellt ihre Aufgaben im Rahmen der Gleichstellungsarbeit vor und verweist dabei auf den Gleichstellungsplan, der erstellt wurde. Sie macht darauf aufmerksam, dass in der Landeshauptstadt Potsdam von 15 Fachbereichsleitenden nur 4 Frauen sind. Ein wichtiges zu bearbeitendes Thema ist auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Abschließend gibt Frau Trauth einen Ausblick auf die Schwerpunkte der Arbeit für 2018.

Auf Nachfrage bezüglich des Engagements der Frauen, sich an den Aktivitäten zu beteiligen, erklärt sie, dass Frauen vielfach in ihrem Leben eingespannt sind. Die Landeshauptstadt Potsdam ist Veränderungen gegenüber offen. Man ist hier insgesamt ein Stück vorangekommen.

Herr Schubert dankt Frau Trauth, Frau Grasnick und Herrn Richter für die gute Zusammenarbeit.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **zu 5 Bestätigung der Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2018**

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) verweist zunächst auf den haushaltsbegleitenden Beschluss 16/SVV/0801, nach dem möglichst eine zweijährige Laufzeit für soziale Projekte angestrebt werden soll. Er stellt anhand einer Präsentation die Zeitschiene für die Umsetzung dieses Beschlusses vor und weist darauf hin, dass im Zeitraum 01.03.2017 bis 30.06.2017 für 51 Antragstellende der Abschluss einer Zielvereinbarung zu prüfen und diese ggf. umzusetzen wäre.

Problematisch ist hierbei auch die Förderung der Beiräte. Hier muss ein Verfahren zur Verstetigung der Förderung gefunden werden. Eine Herausforderung stellen auch die Ko-Förderungen des Landes dar, die jährlich ausgereicht werden.

Herr Bindheim informiert, dass in den Doppelhaushalt 2018/2019 die Mittel der Projektförderung auf dem Niveau von 2017 eingeplant sind. Damit sind die finanziellen Voraussetzungen für eine Förderung über zwei Jahre erfüllt.

Durch den Fachbereich Soziales und Gesundheit wurde ein „Strukturierter Sachbericht“ als Bestandteil des Förderbescheides etabliert. Damit wurde eine Bewertungsgrundlage geschaffen, um anhand der Förderung für 2018 auch über eine Förderung für 2019 entscheiden zu können.

Die Förderrichtlinie wird 2018 entsprechend angepasst.

Anschließend geht Herr Bindheim auf die Liste der Fördervorschläge 2018 ein, die allen Ausschussmitgliedern vorliegt. Er teilt mit, dass die Fördervorschläge in 3 Sitzungen des Auswahlgremiums beraten und so verabschiedet wurden.

Frau Schulze weist darauf hin, dass es seit der letzten Sitzung des GSI-Ausschusses einige Verschiebungen innerhalb der Vorschlagsliste gab. Sie bittet hierzu um Erläuterung und verweist dabei insbesondere auf widersprüchliche Aussagen z.B. zur lfd. Nr. 46 LAFIM.

Herr Bindheim erinnert daran, dass verabredet wurde, nicht unter die Förderhöhe von 2017 zu gehen. Dadurch gab es einige Verschiebungen. Er erklärt, dass der LAFIM 2017 nur geringe Mittel abgerufen hat, da das Projekt nicht durchgeführt wurde. Jetzt gibt es einen Neuaufbau des Projektes mit erhöhten Mitteln. Die Darstellungsmöglichkeiten in der Tabelle sind aufgrund des Platzmangels sehr gering.

Frau Liefeld bittet um eine grundsätzliche Verständigung im Ausschuss wann das Auswahlgremium gewählt werden soll. Die Struktur sollte gemeinsam überarbeitet werden, um eine gemeinsame Verfahrensweise zu finden.

Frau Dr. Wegewitz schlägt vor, aus dem Ausschuss heraus eine Arbeitsgruppe zu bilden, die das Verfahren tiefergehend begleitet,

Herr Schubert macht deutlich, dass auch die Frage des Umgangs mit der zweijährigen Förderung geklärt werden muss. Es sollte eine grundsätzliche Diskussion zur Richtlinie geben. Er weist auch darauf hin, dass Projekte immer zeitlich befristet und nicht auf Dauer angelegt sind. In der vorliegenden Förderliste sind viele Projekte auf Dauer angelegt.

Er macht auch darauf aufmerksam, dass einige Mitglieder des GSI-Ausschusses in Vereinen tätig sind und somit befangen sein könnten.

Er schlägt vor, eine Arbeitsgruppe aus ca. 5 Ausschussmitgliedern und Verwaltung einzurichten, um ein praktikables Verfahren zu entwickeln. Letztmalig sollte die derzeitige Richtlinie angewendet werden und dann eine grundsätzliche Änderung erfolgen.

Herr Schubert schlägt vor, im Januar 2018 zu einem Termin einzuladen. Danach können sich die Fraktionen dazu verständigen.

Frau Dr. Herzel weist mit Bezug auf die lfd. Nr. 26 „Weihnachtsfeier in der Suppenküche“ darauf hin, dass inzwischen der Antrag eingereicht wurde.

Frau Liefeld erklärt, dass es dazu in der Jury eine Verständigung ab, da abgesprochen war, dass der Antrag später eingereicht werden kann.

Herr Otto ergänzt, dass aber verabredet wurde, dass zukünftig die Antragsfrist für die Projektförderung eingehalten werden muss.

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Liste zur Förderung freier Träger 2018 zur Abstimmung. Die Liste wird mit 7 Zustimmungen einstimmig bestätigt.

## **zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 6.1 Verteilung von Jodtabletten**

**Vorlage: 17/SVV/0755**

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Herr Bittcher (Fraktion DIE aNDERE) bringt den Antrag ein und erläutert diese mit Unterstützung einer Präsentation. Er weist dabei insbesondere darauf hin, dass Fluglinien über dem Reaktor verlaufen. Anschließend erklärt er die möglichen Reaktionen des Reaktors im Katastrophenfall.

Herr Hülsebeck (FB Feuerwehr) weist darauf hin, dass es sich bei den Kaliumjodidtabletten um ein Arzneimittel (Medikament) handelt. Diese Tabletten

unterliegen nach Abschnitt 7 des Arzneimittelgesetzes (AMG) der Apothekenpflicht und dürfen nur von autorisierten Stellen (Bsp. Ärzte, Apotheken, Krankenhäuser) vertrieben werden. Eine Ausnahme davon ist gemäß Kaliumjodidverordnung (KiV) erst bei einem radiologischen Ereignis möglich.

Die Medikation im Ereignisfall ist von ganz bestimmten Faktoren (Alter und Aufenthaltsort von Personen, bestehende Schwangerschaft, etc.) abhängig. Eine weitere wichtige Rolle spielt hierbei auch die Wetterlage und insbesondere die Windrichtung.

Eine falsche Einnahme der Kaliumjodidtabletten bewirkt eine mehr schädliche denn schützende Wirkung. Da die Ausgabe nur im betroffenen 90°-Sektor bei Erreichen von genau definierten Grenzwerten erfolgt, wird eine vorzeitige falsche Einnahme im Moment unterbunden.

Ferner ist bei einer notwendigen Einnahme die richtige Lagerung der Tabletten sowie Auffindbarkeit im privaten Haushalt nicht immer gegeben, so dass trotzdem eine zusätzliche Ausgabe notwendig wird.

Die Bevorratung und Ausreichung der Tabletten erfolgt im Bedarfsfall durch die Feuerwehr, um eine schädliche Wirkung zu vermeiden. Die Einsatzleitung stellt fest, wie eine sichere Situation für die Anwohner hergestellt werden kann und handelt danach. Die Einsatzleitung hat die Gesamtsituation im Blick und die gleiche Sorge um die Bürger wie der Antragsteller.

Unabhängig von vorgenannten Aspekten ist es jedem Bürger freigestellt, sich in seiner Apotheke des Vertrauens beraten zu lassen und entsprechende Kaliumjodidtabletten dort käuflich zu erwerben.

Herr Dünn weist darauf hin, dass es immer eine aktuelle Situation gibt, auf die entsprechend reagiert werden muss. Er hält die Wahrscheinlichkeit für sehr gering, dass eine derartige Katastrophe geschieht.

Herr Fröhlich verweist auf das Beispiel Aachen. Es macht auch deutlich, dass eine ordentliche Aufklärung erfolgen muss. Um diesen Punkt sollte der Antrag ergänzt werden. Er macht deutlich, dass nach der Abschaltung des Forschungsreaktors immer noch Atommüll vor Ort ist.

Herr Fröhlich hebt hervor, dass die Landeshauptstadt Potsdam für den Katastrophenschutz schon viel getan hat. Eine bessere Informationspolitik ist aus seiner Sicht erforderlich, auch wenn der Reaktor abgeschaltet ist.

Herr Schubert macht darauf aufmerksam, dass der Reaktor im Raum Aachen um ein vielfaches größer ist als der Forschungsreaktor in Wannsee.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat geprüft und festgestellt, dass eine Reaktion zum Schutz der Bevölkerung möglich ist. Der bisher gegangene Weg sollte auch weitergegangen werden.

Frau Schulze spricht sich dafür aus, dem Konzept der Feuerwehr zu vertrauen.

Herr Otto erklärt, dass die Stoffwechsellleistungen bei Kindern wesentlich höher als bei Erwachsenen sind. Eine falsche Einnahme birgt sehr hohe Gefahrenpotenziale, insbesondere bei Säuglingen. Es handelt sich um eine Notmedikation, die genau berechnet werden muss.

Des Weiteren macht er deutlich, dass es eine Kernzone von 500 Metern und eine Mittelzone von 4 km gibt. Er empfiehlt, beim Katastrophenfall das Haus nicht zu verlassen.

Abschließend weist Herr Bittcher darauf hin, dass die Landeshauptstadt Potsdam lediglich die Aufgabe hat, die Tabletten zu verteilen.

Herr Schubert betont, dass die Meldekettensysteme so aufgestellt sind, dass sie im

Ernstfall gut funktionieren.

Frau Eisenblätter stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, beim Ministerium des Innern des Landes Brandenburg eine Genehmigung zu beantragen, um eine Vorverteilung von Kaliumjodidtabletten im Bereich der Kern- und Mittelzone des BER II auf Potsdamer Stadtgebiet vorzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>2</b>
Ablehnung:	<b>5</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 7            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 7.1        Barrierefreier Zugang zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung  
Vorlage: 17/SVV/0932**

Auf Nachfrage erklärt Frau Junghans (Kommunaler Immobilien Service) dass die Baumaßnahmen in mehreren Abschnitten bei laufendem Betrieb durchgeführt werden und 2021 beendet sein sollen.

Frau Schulze bedankt sich, dass die Übersetzung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung durch Gebärdendolmetscher so schnell realisiert werden konnte.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 7.2        Haushalt 2017 - Mittelabfluss Fachbereich Soziales und Gesundheit**

Herr Schubert teilt mit, dass Frau Kunze nicht mehr in der Landeshauptstadt Potsdam tätig ist.

Frau Thiele (FB Soziales und Gesundheit) gibt anhand einer Präsentation einen aktuellen Sachstand zum Haushalt 2017 des Fachbereiches Soziales und Gesundheit. Die Präsentation wird als Anlage zur Niederschrift allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Frau Schulze bittet, die Präsentation per Mail vorab an alle Ausschussmitglieder zu senden.

Dies wird durch Herrn Schubert zugesagt.

**zu 7.3        Sicherheitskonzept Gemeinschaftsunterkünfte - Sachstand**

Herr Bindheim erinnert daran, dass die „Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Frauen und besonders Schutzbedürftiger vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete der Landeshauptstadt Potsdam“ im Entwurf durch ein Expertengremium erarbeitet und im April 2017 im GSI-

Ausschuss vorgestellt wurde. Danach erfolgte die verwaltungsinterne Abstimmung sowie die mit den externen Partnern, wie z.B. der Polizei. Bis auf eine Stellungnahme liegen jetzt alle Zuarbeiten vor. Im Januar 2018 soll das Konzept in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden. Anschließend wird überprüft, ob alle Einrichtungen nach dem Konzept handeln.

#### **zu 7.4 Information zur Evaluierung des Modelprojektes Schulanschlussbetreuung**

Frau Kitzmann informiert, dass am 19.12.2017 die erste Sitzung des Auswahlgremiums zur Evaluierung des Modelprojektes Schulanschlussbetreuung stattgefunden hat. Durch das Gremium wurden die Rahmenbedingungen als positiv eingeschätzt. Gemeinsam mit dem Jugendamt werden die Bedarfe eingeschätzt. Dann wird am 03.01.2018 die Maßnahme vor Ort in der Einrichtung besucht. An diesem Termin können auch weitere Mitglieder des GSI-Ausschusses teilnehmen.

Am 04.01.2018 werden die Vergabeunterlagen verwaltungsintern an die Rechtsabteilung abgegeben.

Frau Eisenblätter teilt mit, dass sie bereits zur Schulanschlussbetreuung von Jugendlichen aus Potsdam-Mittelmark mit dem Vorsitzenden des Sozialausschusses Potsdam-Mittelmark, Herrn Lindicke, Kontakt aufgenommen. Verwaltungsseitig wurde ebenfalls Kontakt aufgenommen.

#### **zu 8 Sonstiges**

Frau Liefeld spricht das Projekt Stadtteilmütter an, dass in den Fraktionen vorgestellt wurde.

Herr Schubert erklärt, dass der für den 14.11.2017 geplante Gesprächstermin verschoben werden musste. Das Kooperationspapier zum Projekt wurde öffentlich gemacht. Es wird von der Pro Potsdam GmbH eine Unterstützung bei der Anschubfinanzierung geben. Des Weiteren gab es einen gemeinsamen Besuch eines derartigen Projektes in Berlin Neukölln.

Herr Schubert macht deutlich, dass das Konzept des Projektes Stadtteilmütter verwaltungsintern noch mit der Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung und dem Bereich Wohnen abgestimmt werden muss.

Herr Dübner wird sich noch einmal mit Frau Pöller zur Anpassung des Umfangs beraten, um eine Förderfähigkeit herzustellen. Der Förderantrag des Autonomen Frauenzentrums liegt bereits vor. Der Umfang des Projektes sprengt in der derzeitigen Form den möglichen Rahmen. Herr Schubert betont, dass das Projekt durchaus als sinnvoll eingeschätzt wird, es aber in der Größe nicht zu realisieren ist.

**Nächster GSI-Ausschuss: 16. Januar 2018, 18:00 Uhr**

**Imke Eisenblätter**  
**Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**